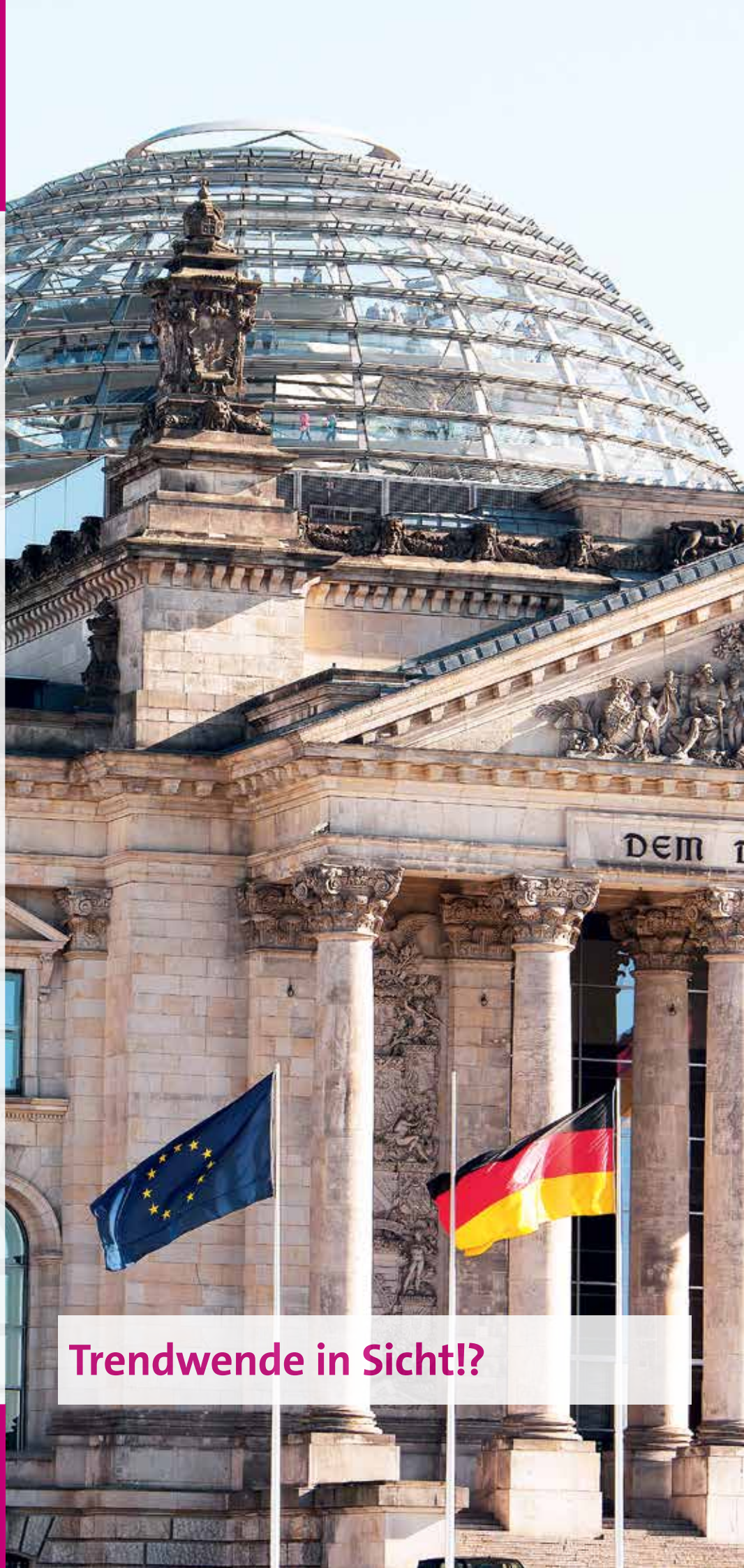
Das Magazin für den öffentlichen Dienst

April 2015

# hauptstadt magazin




## Trendwende in Sicht!?

dbb beamtenbund und tarifunion berlin

# NEUERSCHEINUNG 2014

dbb verlag

INFORMATIONEN FÜR BEAMTE
UND ARBEITNEHMER

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

# Beihilfe-ABC Berlin

**Was Sie davon haben:**

Das Beihilfesystem umfasst die gesamten Aufwendungen des Dienstherrn im Rahmen der Fürsorgepflicht für Krankheits-, Pflege- und Geburtsfälle sowie bei Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und Schutzimpfungen. Entsprechend groß ist die Zahl der Einzeltatbestände, die im Beihilferecht geregelt sind. Für beihilfeberechtigte Beamte und Versorgungsempfänger ist deshalb die Ableitung ihrer Ansprüche aus den geltenden rechtlichen Bestimmungen, die in Bund und Ländern überdies differieren, sehr aufwändig und oft schwierig.

Der Ratgeber, der sich auf das Berliner Landesrecht beschränkt, verhilft anhand alphabetisch geordneter Stichworte sehr schnell zu einer korrekten beihilferechtlichen Bewertung einzelner Krankheits- und Vorsorgetatbestände und zu einem Einblick in das System selbst. Seitenverweise auf die dem jeweiligen Stichworttext zugrunde liegende Bestimmung der Landesbeihilfeverordnung (LBhVO) ermöglichen ein zielgenaues tieferes Eindringen in die Materie.

Dem Ratgeber liegt der Sachstand von Januar 2014 zugrunde.

**336 Seiten**
**€ 9,90***

ISBN: 978-3-87863-188-0

* zuzügl. Porto und Verpackung

## BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxen

☐ __ Exemplar/e „Beihilfe-ABC Berlin"

☐ Verlagsprogramm

Name _____

Anschrift _____

_____

Datum/Unterschrift _____

**Widerrufsrecht:** Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Absendung dieser Bestellung. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an: dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030.726 19 17-0, Fax: 030.726 19 17-40, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

dbb verlag gmbh
Friedrichstraße 165 · 10117 Berlin
Telefon: 0 30/7 26 19 17-0
Telefax: 0 30/7 26 19 17-40
E-Mail: Kontakt@dbbverlag.de
Internet: http://www.dbbverlag.de

Friedhelm Windmüller

## *Liebe Leserinnen, liebe Leser,*

unsere Forderungen zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst stehen lange fest, länger jedenfalls als der neue Regierende Bürgermeister im Amt ist. Umso erfreulicher, dass sich die dbb Landesleitung schon Anfang März bei einem Antrittsbesuch beim neuen Berliner Regierungschef Michael Müller vergewissern konnte, dass mit dem Wechsel an der Regierungsspitze keine Rolle rückwärts in Sachen Besoldungsanpassung zu befürchten ist.

Ein weiterer „politischer Termin", nämlich die Diskussion des dbb Landesvorstands mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, lässt sogar hoffen, dass tatsächlich eine Trendwende in der bislang äußerst rigiden Senatspolitik gegenüber dem öffentlichen Dienst in Sicht ist. Hoffentlich nicht zu spät wächst im politischen Raum die Erkenntnis, dass mit dem inzwischen fast kaputt gesparten öffentlichen Dienst die Daseinsvorsorge für die Berliner Bürger auf der Kippe steht. Nach Ausbildungsoffensive und Wissenstransfer soll nach dem Willen des SPD-Fraktionschefs jetzt das längst überfällige Personalentwicklungskonzept folgen.

Zum Thema Sicherheit, und zwar konkret an Berliner Schulen, haben der VBE- und der DPolG-Landesverband eine gemeinsame Initiative gestartet: Ein von den beiden Gewerkschaften entworfener Erlass soll eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft zum besseren Schutz von Schülern und Lehrern sicherstellen.

Gegen Inhalt und Beschlussverfahren der Rahmenlehrpläne sind die dbb Bildungsgewerkschaften bei den schulpolitischen Sprecherinnen des Abgeordnetenhauses Sturm gelaufen und offenbar durchaus auf offene Ohren gestoßen.

Demgegenüber muss sich der BSBD weiter mit Stellenabbau im Strafvollzug herumschlagen. Jetzt hat auch der Personalrat des offenen Justizvollzugs Alarm geschlagen.

Außerdem stellen wir in dieser Ausgabe des hauptstadt magazins den gemeinsamen Bachelorstudiengang Public und Nonprofit-Management (PuMa) vor und geben in einem weiteren Beitrag über Berliner Einrichtungen Geschichte, Idee und Programm der Urania wieder.

Ein Kurzbericht informiert schließlich über ein Seminar des dbb berlin, dieses Mal allerdings nicht über eine künftige, sondern über eine bereits erfolgreich durchgeführte Veranstaltung.

Sonnige Frühlingstage und viel Spaß beim Lesen wünscht

*Frank Becker,*
*Landesvorsitzender dbb berlin*

## dbb berlin führt erstes Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller

# An Besoldungszusagen wird nicht gerüttelt!

**Kernfragen des öffentlichen Dienstes hat die Landesleitung des dbb berlin am 5. März 2015 bei ihrem Antrittsbesuch bei dem seit Dezember 2014 amtierenden Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erörtert. In dem in sehr angenehmer und freundlicher Atmosphäre geführten Gespräch versicherte Müller, dass an der Zusage der Regierungsfraktionen zur Anpassung der Berliner Besoldung an das bundesdurchschnittliche Bezahlungsniveau nicht gerüttelt wird.**

Dagegen räumt der Regierende Bürgermeister der vom dbb berlin favorisierten Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung keine Realisierungschancen ein. Die Bundesländer würden weiter die Besoldung für ihre Beamtinnen und Beamten regeln wollen. Eine politische Mehrheitsentscheidung sei deshalb nicht zu erwarten.

Ein offenes Ohr hatte Müller für die Forderung des dbb berlin nach dem Einsatz weiterer Bezahlungselemente, insbesondere eines Anwärtersonderzuschlags für Bewerber, die bereits eine andere Berufsausbildung beziehungsweise einen Beruf vorweisen können. Landesleitungsmitglied Thomas Goiny verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Probleme bei der Personalgewinnung für den Berliner Justizvollzug. Durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sollen jetzt die entsprechenden Möglichkeiten geprüft werden.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (Mitte), mit Vertetern der dbb Landesleitung: Bernd Raue, Thomas Goiny, Frank Becker und Ferdinand Horbat (von links)

### Gewalt gegen den öffentlichen Dienst: Senat soll Position beziehen

Zum Thema „Gewalt gegen den öffentlichen Dienst“ hat die dbb Landesleitung den Flyer „dbb: Sicherheitskompetenz des öffentlichen Dienstes stärken“ übergeben und unter Hinweis auf die wachsende Zahl verbaler und gewalttätiger Attacken gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes dringenden Handlungsbedarf, unter anderem in Finanzämtern, bei der Feuerwehr oder zum Schutz von Busfahrern/-innen des öffentlichen Personennahverkehrs, reklamiert.

Speziell erwartet der dbb berlin eine klare Positionierung des Berliner Senats, die auch die Dringlichkeit einer Lösung dieser Problematik erkennen lässt. Dazu werden der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften jetzt zunächst dem Senat die Bereiche, die besonders geschützt werden müssen, auflisten.

### Personalentwicklungskonzept für Schulen gefordert

Im weiteren Verlauf des Gesprächs mahnte der dbb berlin ein attraktives Personalentwicklungskonzept für die Berliner Schule an, um für die Funktionsstellen (zum Beispiel Schulleiter/-innen an Grundschulen) unter einer ausreichenden Zahl qualifizierter Bewerber auswählen zu können. Der stellvertretende Landesvorsitzenden des dbb berlin, Ferdinand Horbat, schlug in diesem Zusammenhang die Anhebung der Besoldungsstufe für Schulleiter/-innen vor.

Außerdem forderte der dbb berlin erneut die Verbeamtung aller Lehrkräfte. Aus dem Grundrecht auf schulische Bildung, aus der Schulpflicht und schließlich der Prüfungstätigkeit leitet sich für den dbb berlin die eindeutig hoheitliche Funktion der Lehrtätigkeit an der Schule ab. Hier sieht der Regierende Bürgermeister allerdings wenig Aussichten auf eine praktische Umsetzung durch die Politik.

## Nachwuchswerbung aktiv betreiben

Der dbb Landesvorsitzende Frank Becker forderte im Hinblick auf die demografische Entwicklung Werbemaßnahmen des Senats für den öffentlichen Dienst, wie sie der dbb bereits mit seiner Bundeskampagne „Die Unverzichtbaren“ betreibt. Die Möglichkeit der Doppelbesetzung von Stellen im Rahmen des Wissenstransfers wurde vom dbb berlin in diesem Zusammenhang als positiver Beitrag gewürdigt. Das Konzept hat sich auch nach Ansicht des Regierenden Bürgermeisters bewährt und soll auch künftig bestehen bleiben.

Keine positiven Auswirkungen auf die Personalentwicklung verspricht sich der dbb berlin demgegenüber von einem eigenen Staatssekretär für Personal, der nach einem Vorschlag aus dem Abgeordnetenhaus bei der Senatskanzlei angesiedelt werden sollte. Stattdessen müssten, so der Berliner dbb Chef Frank Becker, alle Personalangelegenheiten bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport gebündelt verantwortet werden – auch der derzeit bei der Senatsverwaltung für Finanzen angesiedelte Tarifbereich. Der Regierende Bürgermeister zeigte ebenfalls wenig Sympathie für den Vorschlag aus dem Parlament, hält aber die Zusammenarbeit der beiden Ressorts (Inneres und Finanzen) für gut. Gegebenenfalls könne nach der nächsten Wahl grundsätzlich über Neuzuschnitte von Ressorts diskutiert werden.

## Beteiligungsrechte beachten!

Kritisiert wurde vom dbb berlin in dem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister außerdem die oft unzulängliche Beachtung der Beteiligungsrechte des dbb berlin in beamtenrechtlichen Fragen nach § 83 Landesbeamtengesetz. Häufig würden Beteiligungsvorlagen, insbesondere in Ferienzeiten oder zum Jahreswechsel, eine so kurze Beteiligungsfrist aufweisen, dass Gremien und Fachgewerkschaften des dbb berlin schlicht die Zeit fehlt, um fundierte fachliche Stellungnahmen erarbeiten zu können. Zwar wurde diese Problematik bereits in den beamtenpolitischen Grundsatzgesprächen mit dem Innensenator vorgetragen, konnte aber nicht befriedigend gelöst werden. Einige Senatsdienststellen sähen sogar immer noch ganz von einer Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen ab, sodass der dbb berlin die von ihnen getroffenen Regelungen schlimmstenfalls lediglich im Nachgang noch zur Kenntnis nehmen kann. Der Regierende Bürgermeister wurde deshalb gebeten, im Senat bei allen Ressorts auf die Einhaltung der Regelungen des § 83 LBG zu drängen, insbesondere auch auf angemessene Beteiligungsfristen. Es könne nicht sein, dass dem dbb berlin oft für Stellungnahmen lediglich zwei bis drei Wochen Zeit eingeräumt werde, der Senat sich aber – wie beispielsweise bei der Abschaffung der Praxisgebühr geschehen – mehr als zwei Jahre Zeit lasse.

Der Regierende Bürgermeister mit dem dbb Flyer „Sicherheitskompetenz des öffentlichen Dienstes stärken“.

## Aufstiegschancen im Tarifbereich verbessern!

Im Tarifbereich vermisst der dbb berlin eine ausreichende und für die Beschäftigten quantitativ angemessene Anzahl von Stellen, die eine klassische Höhergruppierung ermöglichen. Wie der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bernd Raue bei dem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister ausführte, ist nach dem Wegfall des Bewährungsaufstiegs durch den TV-L die Übernahme höherwertiger Tätigkeiten, die in der Entgeltordnung tarifiert sind, die einzige Aufstiegsmöglichkeit. Dazu müssen aber die Stellen oder entsprechend bewertete Arbeitsplätze auch zur Verfügung gestellt werden. Der dbb berlin wird dem Regierenden Bürgermeister noch weitere detaillierte Ausführungen zu dieser Thematik zur Verfügung stellen, um die Dringlichkeit der Problematik zu verdeutlichen.

Raue verwies ferner darauf, dass durch die Haltung des Berliner Senats, keine Verbeamtungen vorzunehmen, eine völlig desolate Bezahlungssituation bei den Lehrern entstanden ist. Zum einen gibt es Lehrer mit der „tarifgerechten“, das heißt an die Beamtenbesoldung angelehnten Eingruppierung aus dem alten Tarifrecht bis zum September 2010 mit anschließender Überleitung in den TV-L. Dann gibt es Lehrer, die nach dem neuen Tarifrecht auch in Anlehnung an Beamtenbesoldungen tarifgerecht eingruppiert worden sind, von denen sich einige im oberen Segment einer Entgeltgruppe wiederfinden, andere darüber hinausgehend noch eine – tariflich mögliche – Zulage erhalten.

All dies sei nicht mehr zu verstehen, bedeute ungleiche Bezahlung und biete teilweise für die in der obersten Stufe ihrer Entgeltgruppe eingruppierten Lehrer keine Zukunftsperspektive: Sie sind nämlich bereits am Ende ihrer Bezahlungskarriereleiter gestartet. ■

## SPD-Fraktionsvorsitzender zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst:

# „Nicht lockerlassen!“

**Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, will in Sachen Daseinsvorsorge für die Berliner Bürger und Personalentwicklung im öffentlichen Dienst nicht lockerlassen. Seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren seien zwar wichtige Maßnahmen wie die Ausbildungsoffensive und der Wissenstransfer durchgesetzt und Perspektiven für Beamtinnen und Beamte angestoßen worden, man dürfe sich aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, bekannte Saleh am 17. März 2015 vor dem Landesvorstand des dbb berlin.**

Noch vor zwei Jahren habe er nach vielen Gesprächen, auch mit dem dbb berlin, eine traurige Bestandsaufnahme über die Situation im öffentlichen Dienst ziehen müssen, und zwar sowohl über den Umgang des Landes mit seinen Mitarbeitern als auch über die aufgrund ungebremster Personaleinsparungen gefährdete Sicherung der Daseinsvorsorge für das Land Berlin. „Es war längst fünf nach zwölf“, brachte der SPD-Fraktionschef die Situation auf den Punkt.

### „Fünf nach zwölf“

Seitdem sei vieles, was in einer Arbeitsgruppe seiner Fraktion erarbeitet worden ist – auch mit Unterstützung des Koalitionspartners – erreicht worden, speziell was die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst angehe. Saleh nannte in diesem Zusammenhang die Ausbildungsoffensive, den Wissenstransfer von ausscheidenden zu neu eingestellten Mitarbeitern sowie die Übernahme von Anwärtern.

Nicht ohne Stolz verwies der SPD-Fraktionsvorsitzende außerdem darauf, dass die Perspektive, die den Berliner Beamten jetzt endlich zur Angleichung ihrer Einkommen an den Bundesdurchschnitt geboten wird, innerhalb nur weniger Monate gesetzlich verankert worden sei – und zwar noch im laufenden Haushalt. Hier habe der Senat endlich erkannt, dass schlechte Bezahlung und ein Ausquetschen der Mitarbeiter „bis sie auf dem Zahnfleisch kriechen“ einer klugen Unternehmensführung Hohn spricht.

### Personalentwicklungskonzept fehlt

„Wir sind aber lange noch nicht am Ziel“, räumte Saleh ein. Viele der beschlossenen Maßnahmen würden nicht konsequent umgesetzt, ein Personalentwicklungskonzept liege auch nach zwei Jahren nicht vor und um die Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Dienst sei es nach wie vor mehr als bescheiden bestellt, wie insbesondere das Beispiel der Polizei zeige.

Raed Saleh (Dritter von links) diskutiert mit dem dbb Landesvorstand.

Nachdrücklich bestätigt wurde von den Mitgliedern des dbb Landesvorstands in der nachfolgenden Diskussion, dass noch sehr vieles im Berliner öffentlichen Dienst im Argen liegt bzw. dass es bei der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen hakt. So greift der Wissenstransfer bei der Polizei unsinnigerweise erst ab Besoldungsgruppe A 13 S und geht damit am speziellen Fachwissen zumeist vollkommen vorbei. Besonders abstrus stellt sich die Ausbildungssituation im Lehrerbereich dar. Hier werden Referendarstellen auf das vorhandene Personal angerechnet, sodass nicht nur durch die Ausbildung der Referendare selbst Kapazitäten wegfallen, sondern die Schulen sich zusätzlich von erfahrenem und bewährtem Personal trennen müssen.

### Bezahlung konterkariert Nachwuchsgewinnung

Auch die Bezahlung konterkariere die Nachwuchsgewinnung weiterhin. Um gut ausgebildeten Nachwuchs halten zu können, müsse zumindest ein Ausgleich mit den Bedingungen in Brandenburg gewährleistet sein. Auch böten sich Anwärtersonderzu-

Raed Saleh (rechts) mit dem Landesvorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker.

schläge für externe Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung an, wie sie etwa im Strafvollzug gesucht würden.

Die dringende Notwendigkeit des immer noch fehlenden Personalentwicklungskonzepts zeigte der SPD-Fraktionsführer selbst noch einmal an personalpolitischen Auswüchsen wie dem wachsenden Anteil der Zeitverträge im öffentlichen Dienst auf. Diese würden nicht etwa als Puffer für Ausnahmesituationen genutzt, sondern als Druckmittel auf die Beschäftigten. Es fehlen einheitliche Strukturen, beklagte Saleh. Auch an die Frage, wie perspektivisch mit den Beamten umgegangen werden soll, das heißt, wer künftig verbeamtet werden soll und wer nicht, habe sich noch niemand herangetraut.

Was diese Unklarheit mittlerweile im Lehrerbereich angerichtet hat, wurde in der Diskussion überdeutlich: Mittlerweile gibt es nicht weniger als sieben unterschiedlich ausgestaltete Beschäftigungsvarianten. Als verhängnisvoll erweise sich das nicht nur für das Arbeitsklima, sondern auch für die Durchsetzung der Schulpflicht, weil der mittlerweile überwiegende Angestelltenanteil im Kollegium jederzeit streiken kann.

## Etikettenschwindel mit Kosten

Schließlich konterkariere das Outsourcen ganzer Beschäftigungsbereiche, um Personalkosten einzusparen, generell den Auftrag des öffentlichen Dienstes zur Daseinsvorsorge. Im Nachhinein erweise sich das Vorgehen als reiner Etikettenschwindel, weil die Fremdvergabe, wie etwa im Erziehungsbereich geschehen, in der Regel den Steuerzahler teurer kommt. Die Kosten werden dann allerdings als Sachkosten ausgewiesen. Personalkosten müssten deshalb grundsätzlich den Sachkosten gegenübergestellt werden, so die Forderung aus dem Landesvorstand.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende zeigte sich dankbar für den Input, den er vom dbb Landesvorstand erhalten habe. Als Politiker sei er auf Praxiserfahrungen angewiesen, wie sie auch immer wieder – wenig zögerlich – vom dbb Landesvorsitzenden Frank Becker an ihn herangetragen würden. Insofern soll auch das Treffen mit dem Landesvorstand nicht das letzte seiner Art gewesen sein. ■

## Kenntnisse im Tarif- und Arbeitskampfrecht vertieft

**Der dbb berlin hat die aktuellen Tarifverhandlungen mit den Vertretern der Bundesländer (TdL) am 4. März 2015 mit einem Seminar begleitet, in dem die arbeitsrechtlichen Aspekte dieser Thematik erörtert und vertieft wurden.**

Zum Auftakt der Veranstaltung skizzierte der Zweite Vorsitzende des dbb und zugleich Fachvorstand Tarif, Willi Russ, den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungsgespräche mit der TdL. Russ, der seine Teilnahme trotz enger Terminlage kurzfristig ermöglicht hatte, stellte sodann die Erwartungen an die nächste Gesprächsrunde dar, aber auch die zu erwartenden Konsequenzen im Falle eines Scheiterns.

Der stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin, Bernd Raue, erläuterte im Anschluss, wie der Forderungskatalog des dbb für die Landesbeschäftigten im Einzelnen aufgestellt und anschließend auch beschlossen worden ist. Raue verknüpfte die Darstellung der Forderungselemente mit wichtigen Erläuterungen zu ihren Auswirkungen auf das Tarifentgelt, auf sonstige Bestandteile der Arbeitsverträge sowie auf den rechtlichen Rahmen der Tarif- und Arbeitsverträge.

Zum Thema Arbeitskampfrecht wurden den Seminarteilnehmern insbesondere die Unterschiede zwischen den möglichen Arbeitskampfmaßnahmen und ihre Konsequenzen für das legitime Verhalten der daran Beteiligten vermittelt. So waren die aktuellen Kampfmaßnahmen des dbb unter anderem speziell darauf abgestimmt, dass sich sowohl Personalratsmitglieder als auch Beamtinnen und Beamte beteiligen konnten. Bei der Teilnahme von Beamten ist immer ihr besonderer Status zu beachten. Für Protestveranstaltungen während der Dienstzeit müssen sie deshalb auf Urlaub oder Gleitzeit zurückgreifen.

Mit den Besonderheiten der organisatorischen Abwicklung von Arbeitskampfmaßnahmen wurden die Seminarteilnehmer von einem Referenten des Tarifbereichs des dbb vertraut gemacht, der auch die entsprechenden Richtlinien des dbb zur Vertiefung zur Verfügung stellte.

DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

## VBE und DPolG streben enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft an

# Sicherheit an Schulen erhöhen!

**Eine gemeinsame Initiative für mehr Sicherheit der Schülerinnen und Schüler beim Schulbesuch und für die Verhütung von Straftaten im Lebensraum Schule beziehungsweise von strafbarem Verhalten durch Schülerinnen und Schüler außerhalb der Schule haben der VBE Berlin und die DPolG Berlin gestartet. Konkret haben die beiden Gewerkschaften einen Erlass entworfen, der durch eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft die Sicherheit an den Berliner Schulen erhöhen soll. Die Schulordnungen sollten nach den Vorstellungen von VBE und DPolG an die wesentlichen Inhalte dieses Erlasses angepasst werden.**

Der Vorsitzende der DPolG Berlin, Bodo Pfalzgraf, und die Vorsitzende des VBE Berlin, Heidrun Quandt, skizzierten am 12. März 2015 bei einer Pressekonferenz im Hause des dbb berlin die Vorteile der angestrebten engen Zusammenarbeit:

„Die Schule kann die Erfahrung und Unterstützung der Polizei und der Staatsanwaltschaft zur Erfüllung ihres Erziehungsauftrages, insbesondere für problembelastete Schülerinnen und Schüler sowie Schülergruppen, nutzen.

Die Polizei kann bereits zu einem frühen Zeitpunkt delinquentes Verhalten von Schülerinnen und Schülern oder ihnen drohende Gefahren erkennen und somit Straftaten entgegenwirken.

Die Staatsanwaltschaft erhält durch die verstärkte Zusammenarbeit ein differenziertes Bild von Tat, Täter und Opfer, das eine dem Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) entsprechende optimale Reaktion ermöglicht."

### Gewaltprävention als Unterrichtseinheit

Als unerlässlich bezeichneten es Quandt und Pfalzgraf, das Thema „Sicherheit und Abwehr von Gewalt" in allen Berliner Schulen regelmäßig zum Gegenstand gemeinsamer Unterrichtseinheiten und Initiativen zu machen. Nicht erst bei drohender Gefahr, sondern präventiv bereits im schulischen Alltag müsse im Unterricht und bei geeigneten Anlässen wie Konferenzen, Schülersprecher- und Elternsprechersitzungen, in jeder Schule die gemeinsame Verantwortung aller für ein sicheres, gewaltfreies und friedliches Schulleben thematisiert werden. Prävention, insbesondere von Kriminalität und Gewalt, sollte verstärkt und fächerübergreifend Eingang in die verschiedenen Formen der Unterrichtsgestaltung finden.

VBE

Für die Ausgestaltung der Zusammenarbeit unterbreiten VBE und DPolG in ihrem Entwurf sehr detaillierte Vorstellungen, die von der Benennung von Kontaktpersonen über eine gegenseitige Informations- und Anzeigepflicht bis hin zu gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen reichen. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang: Konkret definierte Anzeigepflichten der Schulen, da die vorhandenen Instrumente und Rahmenbedingungen nicht annähernd die tatsächliche Situation an den Schulen abbilden.

### Praktika bei Sicherheitsorganen für Lehramtsanwärter

Darüber hinaus sollte künftig bereits den Studienreferendarinnen/Studienreferendaren und Lehramtsanwärterinnen/Lehramtsanwärtern im Rahmen des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter Gelegenheit gegeben werden, die Arbeit der Polizei und der Justiz, insbesondere zur Kriminalprävention, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen von Jugendstrafverfahren im Rahmen von mindestens dreiwöchigen Praktika kennenzulernen. Ein spezielles Ausbildungsmodul wird angestrebt.

Für Lehrerinnen und Lehrer im Schuldienst sind in dem Erlassentwurf verbindlich geeignete Fortbildungsangebote mit mindestens fünftägigem Praxisanteil vorgesehen. ■

## Diskussion mit schulpolitischen Sprecherinnen des Abgeordnetenhauses

# dbb Bildungsgewerkschaften kritisieren Rahmenlehrpläne

**Die in einem Bündnis für Lehrer zusammenarbeitenden Bildungsgewerkschaften im dbb berlin, VBE, phv, VLW, BLBS, Lehrer-Berlin, und KEG, haben bei einem Gespräch mit den bildungspolitischen Sprecherinnen der Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus Hildegard Bentele (CDU), Regina Kittler (Die Linke) und Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen) am 2. März 2015 heftige Kritik am im Dezember vergangenen Jahres vorgelegten Entwurf der Rahmenlehrpläne geübt.**

Der vorgelegte einheitliche Lehrplan für alle Schulformen widerspricht, so die dbb Lehrergewerkschaften, den Ansprüchen der Schülerinnen und Schüler auf eine der Eignung und Leistung entsprechende Förderung. Widersprüche entstünden insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Bildungsziele am Ende der Klassenstufe 10, wo es um derart verschiedenartige Befähigungen wie die Berufsbildungsreife oder auch die Hochschulreife geht.

In diesem Zusammenhang stelle sich generell die Frage nach dem Sinn der MSA-Prüfung am Gymnasium, an dem das Bildungsziel nicht Erlangung der Berufsbildungsreife sondern der Hochschulreife heißt.

## Vergleichbarkeit fehlt

In den Rahmenlehrplänen vermisst wird vom Bündnis für Lehrer auch eine Darstellung des notwendigen Fachwissens, das eine vergleichbare schulische Bildung der Schülerinnen und Schüler für einen erfolgreichen Wechsel der Schullaufbahn sicherstellt. Die Vorsitzende des VBE Berlin, Heidrun Quandt, sieht jedenfalls im Bereich der Grundschule das elementare Fachwissen und grundlegende Fertigkeiten für die Fortsetzung der schulischen Laufbahn an den Oberschulen nicht ausreichend gewährleistet.

Auch im Bereich der Oberschule fehle es an der notwendigen Fachkompetenz in einer Reihe von Fächern, wie etwa Geschichte. „Für Schülerinnen und Schüler, für Eltern und auch für die Lehrkräfte fehlen Indikatoren für eine vergleichende Bewertung der Leistungen und der damit verbundenen Bildungsziele“, kritisierten die Vorsitzenden der Bildungsgewerkschaften weiter. Zumindest sei zu erwarten, dass die – mit erheblichem zusätzlichem Arbeitsaufwand – zu erstellenden schulinternen Curricula teilweise erheblich voneinander abweichen werden.

Regina Kittler (Fraktion Die Linke), Ferdinand Horbat (Sprecher des Bündnisses für Lehrer und stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin), Stefanie Remlinger (Bündnis 90/Die Grünen), Hildegard Bentele (CDU-Fraktion) (von links)

## Frist zur Stellungnahme verlängern!

Als viel zu kurz bemessen bemängelte das Bündnis für Lehrer schließlich den Zeitraum, der den Lehrergewerkschaften bis zur Anhörung eingeräumt worden ist. Der kurz vor den Weihnachtsferien veröffentlichte Entwurf habe frühestens im Februar an den Schulen diskutiert werden können. Eine sachgerechte Beratung in den bezirklichen und Landes-Gremien sei, auch im Hinblick auf die Komplexität unter anderem durch die fächerübergreifenden Aspekte, bis März 2015 nicht möglich gewesen. Die Bildungsgewerkschaften fordern deshalb eine Verlängerung der Anhörungsfrist bis zu den Sommerferien.

Bei den bildungspolitischen Sprecherinnen stieß die Kritik der dbb Gewerkschaften an dem Entwurf der Rahmenlehrpläne durchaus auf offene Ohren. Sehr interessiert gewesen wären die Vertreter der dbb Lehrergewerkschaften natürlich auch an der Meinung der Partei, der die Berliner Bildungssenatorin angehört. Der bildungspolitische Sprecher der SPD ist aber der Einladung des Bündnisses für Lehrer leider nicht gefolgt.

Keine Zeit blieb nach der angeregten Diskussion über die Rahmenlehrpläne zur Erörterung weiterer wichtiger Themen wie bauliche Unterhaltung der Schulen, Arbeitsbelastung und Gesundheit der Lehrkräfte oder auch Lehrkräftebedarf. Die Gesprächsrunde soll fortgesetzt werden.

*Ferdinand Horbat,*
*Sprecher des Bündnisses für Lehrer*

## Personalrat im offenen Justizvollzug schlägt Alarm

# NEIN zum Stellenabbau!

**Der Personalrat des offenen Justizvollzugs sieht aufgrund geplanter Personaleinsparungen und der anstehenden altersbedingten Pensionierungswelle die öffentliche Sicherheit gefährdet. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Behandlung und Betreuung der Inhaftierten könne künftig nicht mehr gewährleistet werden. In einem „offenen Brief“ an Justizsenator Thomas Heilmann beschwört der Personalrat nochmals eindringlich die Konsequenzen der immer angespannteren Personalsituation herauf und fordert ein sofortiges Umdenken und Handeln der Politik.**

Im Einzelnen heißt es in den Schreiben an den Justizsenator: „Verstöße in den Anstalten des Berliner Justizvollzuges gegen das Arbeitszeitgesetz, die Arbeitszeitverordnung und Änderungen bestehender Dienstvereinbarungen/Hausverfügungen sind keine Alternative zu einer sachorientierten Personalpolitik.

Die Anhäufung von Mehrarbeitsstunden und die unverantwortlich hohe Anzahl nicht gewährter beziehungsweise aufgelaufener Urlaubstage infolge Unterbesetzung und Personalausfall signalisieren bereits jetzt die erhöhte Belastung und daraus resultierend hohe Krankenstände im Justizvollzugsdienst. Dieser Zustand wird sich in Zukunft dramatisch zuspitzen.

Die ständige Unterbesetzung der Dienstposten führt die Sicherheitsstandards ad absurdum, die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug steigen an, die geforderten Mindeststärken in den Teilanstalten können schon jetzt nicht mehr aufrechterhalten und die Behandlung und Betreuung der Inhaftierten kann gemäß dem gesetzlichen Auftrag nicht mehr gewährleistet werden“.

### Gesetzlicher Auftrag wird infrage gestellt

In der JVA  des offenen Vollzugs sind überwiegend Gefangene untergebracht, die Vollzugslockerungen und Urlaube erhalten sollen. Die Vollzugsmaßnahmen sind von den Bediensteten sorgfältig vor- und nachzubereiten. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Gefangenen in ihrem Vollzugsverlauf erprobt werden und gleichzeitig die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet bleibt.

Auf absolutes Unverständnis stößt beim  Personalrat, dass die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz trotz bereits vorhandener Engpässe unbeirrt an ihren Personaleinsparungsvorgaben festhält. Zudem moniert der Personalrat die geplante Verteilung der zukünftigen Ausbildungslehrgänge, bei der die vier Teilanstalten kaum berücksichtigt werden.

### Organisationsbetrachtung bringt keine Entlastung

Zusätzliche Belastungen anstelle der dringend notwendigen Entlastungen sind nach Feststellung des Personalrats die Konsequenzen der von der Senatsverwaltung durchgeführten Organisationsbetrachtung in den Justizvollzugsanstalten. „Die Organisationsbetrachtung ist keineswegs – wie ursprünglich zugesagt – wertfrei durchgeführt worden und eine echte Beteiligung der Personalräte hat ebenfalls nie stattgefunden“, hatte auch der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, moniert, für den der offene Vollzug geradezu als klassisches Beispiel für diese schwerwiegenden Versäumnisse gelten kann. Auf Weisung der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hat die zuständige Expertenkommission nämlich mit weiteren massiven Einsparungen und der Herabstufung vieler Beförderungsstellen für eine neuerliche Eskalation gesorgt. Berechtigte Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fanden ebenso wenig Berücksichtigung wie die speziellen Bedürfnisse bei den Sonderformen des Justizvollzuges. „Frühere ‚Brandbriefe‘ der Anstalten werden unter den Teppich gekehrt. Von Personalentwicklung oder gar Perspektivplanung kann in vielen Bereichen des Krankenpflegedienstes, des Werkdienstes und auch beim allgemeinen Justizvollzugsdienst nicht mehr die Rede sein“, unterstützt der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, die Kritik des Personalrates des Offenen Vollzuges nachdrücklich.

Dieser hat in seinem Schreiben abschließend nochmals einen dramatischen Appell an Justizsenator Heilmann gerichtet:

„Unterstützen Sie uns, den Stellenabbau zu verhindern und somit die Sicherheitsarchitektur des Justizvollzuges Innere/ Äußere Sicherheit  zu gewährleisten. Der Personalrat der JVA OVB  fordert, dass Sie als Justizsenator Ihre Mitverantwortung für die zukünftige Personalausstattung der Berliner Justizvollzugsanstalten  übernehmen, um so das Funktionieren des Justizvollzuges sicherzustellen.“ ■

## Gemeinsamer Bachelorstudiengang

# Public und Nonprofit-Management (PuMa) der HTW und der HWR Berlin stellt sich vor

### „Die wollen nicht nur spielen!“

Trotz tierisch sportlicher Studiengangsbezeichnung geht es bei „PuMa“ um ziemlich ernste Fragen: Wie kann man gleichbleibende öffentliche Leistungen mit weniger Kosten realisieren, ohne dabei die Mitarbeiter zu ruinieren? Wo und wieviel muss man dafür investieren? Was muss geschehen, um mit den verfügbaren Ressourcen mehr und qualitativ bessere öffentliche Leistungen zu produzieren? Wie identifiziert und reduziert man jene Kosten, die gar keinen Nutzen stiften? Wann und wo rächt es sich ökonomisch, wenn man einfach nur „spart bis es quietscht“? Was hilft den Bürgern oder Unternehmen bei ihren Verwaltungskontakten wirklich weiter? Wer kann eigentlich was am besten? Wie schont man Motivationsressourcen?

Mit diesen und ähnlichen Fragen tun sich öffentliche Verwaltungen nach wie vor sehr schwer, obwohl es an vielen Ecken und Enden ganz gewaltig knirscht. Das bürokratische System ist eben strukturgenetisch auf die Ausübung legaler Herrschaft und Regelkonformität getrimmt. Das Knappheitsproblem, dessen Bewältigung Ökonomen umtreibt, ist in der Logik dieses Systems überhaupt nicht vorgesehen.

### PuMa: in Sachen „Knappheit“ einen Sprung voraus

Um dies auch durch eine spezielle Ausbildung zu ändern, wurde 1994 der „PuMa“-Studiengang als achtsemestriger Diplomstudiengang („Öffentliches Dienstleistungsmanagement“) gegründet. Im Jahr 2006 wurde er in ein sechssemestriges Bachelorprogramm umgewandelt. Der Kooperationsstudiengang wird von den beiden Berliner Hochschulen HTW und HWR an ihren Standorten rund um den Tierpark in Berlin-Lichtenberg gemeinsam durchgeführt. Seit 1998 bewähren sich die Berliner PuMa-Absolventinnen und -Absolventen bundesweit beruflich erfolgreich in den unterschiedlichsten Funktionen und Bereichen des öffentlichen Dienstes (circa 47 Prozent), in gemeinnützigen Einrichtungen (circa 24 Prozent) und auch im privaten Dienstleistungssektor (circa 29 Prozent). Der Studiengang genießt in Wissenschaft und Praxis einen ausgezeichneten Ruf und wurde 2014 ohne programmbezogene Auflagen oder Empfehlungen reakkreditiert. Die Berufsperspektiven sind sehr positiv. Ebenso die Chancen, gleich nach dem Bachelorabschluss noch ein Masterstudium draufsatteln zu können (derzeit circa 40 Prozent der Absolventen).

Grün

Prof. Dr. Martin Brüggemeier, Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission

### Beitrag zur Staats- und Verwaltungsmodernisierung

PuMa erfreut sich seit seiner Gründung einer hohen Nachfrage. Wer sich um einen Studienplatz bewirbt, muss ein Motivationsschreiben verfassen. Von den Studierenden wird dann auch einiges erwartet. Vor allem überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Selbstständigkeit, Engagement, Teamfähigkeit und Durchhaltevermögen. Die „Prüfsteine für Studienbewerber/-innen“ wurden von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln ausdrücklich auch der Verwaltungspraxis empfohlen: „Die Prüfsteine können in den Kommunen analog eingesetzt werden, wenn es um Personalauswahl geht ... .“

Der Studiengang „Public und Nonprofit-Management (PuMa)“ zielt auf eine interdisziplinär orientierte betriebswirtschaftliche akademische Ausbildung für ein modernes Management öffentlicher Aufgaben.

Das Studium will praxisorientiert und zugleich wissenschaftlich fundiert vorbereiten auf qualifizierte Fachaufgaben sowie untere und mittlere Führungsaufgaben in öffentlichen Verwaltungen, öffentlichen Unternehmen, Nonprofit-Organisationen sowie in privaten Unternehmen, die mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben zu tun haben. Mit dem PuMa-Studiengang soll darüber hinaus auch ein Beitrag zur Staats- und Verwaltungsmodernisierung sowie zur managementorientierten Professionalisierung von Nonprofit-Organisationen geleistet werden. Insofern ist nicht allein entscheidend, was die betreffenden Institutionen gerade wollen, sondern was sie brauchen. Dazu bedarf es nicht nur der Vermittlung von Gestaltungswissen. Notwendig ist ein gründliches Verständnis für die besonderen Bedingungen und Legitimationserfordernisse, unter denen öffentliche Dienste zu erbringen sind. Die herrschende Praxis muss aber auch kritisch hinter-

fragt werden. Gleiches gilt auch für Reformkonzepte, damit das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird.

## Kompetenz-Mix für eine leistungsfähige Verwaltung

Zentrale Themenschwerpunkte sind Betriebs- und Volkswirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie Recht. Die Studierenden lernen vom ersten Semester an – auch aus internationaler Perspektive – was getan werden muss, damit öffentliche Aufgaben wirtschaftlicher, wirksamer, bürokratiesparender und adressatengerechter erfüllt werden können und wie in Zeiten des Electronic Government eine moderne und leistungsfähige öffentliche Verwaltung funktionieren kann. Damit der Mix aus Theorie und Praxis stimmt, lehren bei PuMa in der angewandten Forschung ausgewiesene Professorinnen und Professoren beider Hochschulen, die auch über Praxiserfahrung verfügen. Hinzu kommen zahlreiche nebenamtliche Lehrbeauftragte aus der Praxis. Darunter auch Führungskräfte aus der Berliner und Brandenburger Verwaltung. Eine „Gemeinsame Kommission" steuert als eigenständiges Entscheidungsgremium im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung die Geschicke des Studiengangs. Dabei gibt es eine lange Tradition intensiver und engagierter Beteiligung der Studierenden.

Die Zulassung erfolgt jeweils zum Sommer- und zum Wintersemester. In den ersten drei Semestern stehen alle wichtigen Grundlagen der Öffentlichen BWL auf dem Programm. Es sind 18 Module zu absolvieren, darunter auch Statistik, Rechtsfächer (im Umfang von 480 Stunden) sowie Politik- und Verwaltungswissenschaften. Im 4. Semester ist eine sogenannte Praxisstudie anzufertigen. Dabei müssen die Studierenden in Teamarbeit eine Institution mit öffentlichen Aufgaben (zum Beispiel ein Bürgeramt oder eine Sozialstation) selbstständig aus der Perspektive ihres Fachs durchleuchten und Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Im zweiten Studienabschnitt muss zwischen drei Vertiefungsmöglichkeiten gewählt werden: (1.) Organisation und Personal, (2.) Controlling und Finanzmanagement sowie (3.) Marketing. Wer beispielsweise die Vertiefung Organisation und Personal wählt, muss sich nicht nur unter anderem umfassend mit modernem Personalmanagement im öffentlichen Bereich befassen. Es sind insgesamt auch 225 Stunden ausschließlich für das Studium des Beamten- und des Arbeitsrechts eingeplant. In der Vertiefung „Controlling und Finanzmanagement" ist zum Beispiel ein computergestütztes PuMa-Planspiel zu absolvieren. Ein Fremdsprachenstudium ist in beiden Studienabschnitten ebenso obligatorisch wie das Projektstudium. Im 6. Semester ist ein Praktikum im Umfang von zwölf Wochen vorgesehen, das im öffentlichen oder Nonprofit-Bereich zu absolvieren ist. Im Anschluss hieran wird in Kooperation mit der Praxis eine Bachelorarbeit verfasst (Bearbeitungszeit sechs Wochen). Zahlreiche PuMa-Studierende absolvieren ihr Praktikum in der Berliner Verwaltung. Die Rückmeldungen aus den Dienststellen sind in der Regel sehr positiv.

## Professionelle „Artenvielfalt" für die Verwaltung der wachsenden Stadt

Obwohl das Land Berlin diesen Studiengang seit mehr als 20 Jahren finanziert, blieb die Berliner Verwaltung bislang für PuMas als berufliches Tätigkeitsfeld jenseits der Praktika weitgehend verschlossen. Mit Verlaub: nimmt man die laufenden öffentlichen und internen Berichte über den Zustand der Berliner Verwaltung und ihrer öffentlichen Dienstleistungen zur Kenntnis, so muss man leider sagen: man merkt ihr das auch an!

Warum ist die Berliner Verwaltung noch immer eine nahezu „PuMa-freie Zone"? Lange Zeit wurde kaum Nachwuchs eingestellt, und anders als bei den traditionellen Ausbildungsgängen erhalten die jährlich rd. 70 PuMa-Bachelor nicht automatisch die Laufbahnbefähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe zwei (sprich: gehobener Dienst). Wenn die wachsende Stadt Berlin wirklich eine leistungs- und zukunftsfähige Verwaltung realisieren will, dann sollte sie auch verstärkt Nachwuchskräfte rekrutieren, die unter anderem etwas von öffentlichem Ressourcen-, Prozess- und Qualitätsmanagement verstehen. Die „rechtsanwendende Sachbearbeitung" als ausschließliches laufbahnpolitisches Leitbild ist überholt. Wo eine moderne Verwaltung jenseits bloßer Reformrhetorik wirklich gewollt ist, dort haben sich die laufbahntypischen Verwendungen längst ausdifferenziert. Das neue Laufbahnrecht bietet entsprechend Spielräume, um neben der traditionellen Rechtsanwendung auch Bewerbungen mit anderen generalistischen Kompetenzprofilen (Öffentliche BWL/Dienstleistungsmanagement, Verwaltungsinformatik/-wissenschaft) bei der Bestenauslese zu berücksichtigen. Es liegt bei der Berliner Verwaltung und insbesondere bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport als Einstellungsbehörde, diese Potenziale in Zeiten des demografischen Wandels und anhaltender Finanzprobleme nun auch tatsächlich zu erschließen und zu sichern. Dies wäre jedenfalls ein nachhaltig positiver Beitrag zur Artenvielfalt, zum Klimawandel und zur Evolution beim Land Berlin. Und keine Angst vor der Schuldenbremse: Die PuMas wollen nicht nur spielen!

**Weitere Informationen:**

http://www.hwr-berlin.de/fachbereich-allgemeine-verwaltung/studiengaenge/public-management/

http://puma.htw-berlin.de/

# Für mich die Einzige

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel den B-Tarif für Bankleistungen. Außerdem betreiben wir eine konsequente Mitglieder-Mehrwert-Politik®. Als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst 1921 gegründet, verfolgen wir bis heute erfolgreich nur ein Ziel: Nutzen stiften für die Gemeinschaft unserer Mitglieder und Kunden.

Mit **Direktbank** und wachsendem **Filialnetz** sind wir bundesweit für Sie da.

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

## Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

# Ein Berliner Urgestein für Bildung und Kultur – die Urania

**1888 wurde in Berlin das damals revolutionäre Projekt verwirklicht, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfindungen einem breiten Publikum vorzustellen. Das erste Science-Center der Welt entstand – die Urania. In allgemein verständlichen Vorträgen aus allen Wissensgebieten, mit Experimenten und Vorführungen wurde die Vielfalt der Wissenschaft dem Besucher nahegebracht – ein Konzept, das noch immer aktuell ist.**

Das eigentliche Ziel der Urania-Gründer war es, eine Einrichtung zur Vermittlung der aufstrebenden Naturwissenschaft und der damit einhergehenden technischen Neuigkeiten an eine breite Öffentlichkeit zu schaffen.

## Humboldts Idee aufgegriffen

Zurück geht diese Idee auf Alexander von Humboldt, der 1827/28 mit seinen berühmten Kosmos-Vorlesungen in der Berliner Singakademie, dem heutigen Maxim-Gorki-Theater, erstmals vorführte, dass man wissenschaftliche Erkenntnisse einem öffentlichen Publikum vermitteln kann. Das war ihm dank seiner Prominenz möglich, denn unter seinen Zuhörern saßen buchstäblich Kaiser, König, Edelmann, Bürger, Bauer und Bettelmann. Und es war Humboldt, der die Öffnung der 1835 neu errichteten Königlichen Sternwarte für die Öffentlichkeit einforderte.

## Fast 1.000 Veranstaltungen im Jahr

Heute ist die Urania eine Bildungseinrichtung, die jährlich nahezu 1.000 eigene Veranstaltungen zu allen Themen wissenschaftlicher und kultureller Bildung in den verschiedensten Formaten anbietet, vom Vortrag über Bühne und Kino bis zum Science Slam. Wissenschaftliche Erkenntnisse und neue Technologien der Öffentlichkeit zu präsentieren, ist dabei heute wichtiger denn je. Die zunehmend komplizierten Theorien und Techniken erschweren es immer mehr, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu verstehen. Aber auch die Wirkungen und Anwendungen dieses Wissens haben sehr an Bedeutung gewonnen. Umso wichtiger ist es, Begegnungen von Wissenschaftlern und einer interessierten Öffentlichkeit zu ermöglichen, bei denen Forschungsergebnisse nicht nur vorgestellt, sondern auch diskutiert werden können. Dies bietet die Urania – aktuelles Wissen aus erster Hand, verständlich vorgetragen, durch zeitgemäße Medien unterstützt.

## Gemeinnütziger Verein

Die Urania Berlin ist heute wie zurzeit ihrer Gründung ausschließlich von den Berlinern und ihrem Interesse an neuem Wissen getragen. Der gemeinnützige Verein Urania ist keine öffentlich geförderte Einrichtung und finanziert sich aus Eintrittsgeldern, Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Eine wesentliche Finanzierungsquelle ist die Vermietung der Räumlichkeiten.

Die Urania ist so der Ort für mehr als 400 Gastveranstaltungen im Jahr. So fand kürzlich die Festveranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz mit einer Festrede der Bundeskanzlerin ebenso in der Urania statt wie das große Japan-Festival mit 8.000 Besuchern an einem Wochenende. Jedes Jahr kommen mehr als 200.000 Besucher in die Urania. Und die möchten auch immer wieder die aktuellsten Themen in neuartigen Veranstaltungen erleben.

## Innovationspreis für „Ich-kann-nicht-singen-Chor“

Ein wunderbares neues Veranstaltungsformat stellt der von Michael Betzner-Brand, Dozent an der Universität der Künste Berlin, im Jahr 2011 ins Leben gerufene „Ich-kann-nicht-singen-Chor“ dar. Dieser Chor in der Urania Berlin wurde 2014 mit einem Innovationspreis des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung ausgezeichnet. Aber auch die Naturwissenschaften kommen weiter in der Urania zu ihrem Recht. In allem steckt Mathematik – diese Erkenntnis vermitteln die regelmäßigen Schülervormittage mit dem Sonderforschungsbereich Matheon, die Jagd nach dem Higgs-Teilchen erklären Forscher direkt vom CERN und Astrophysiker und ZDF-Moderator Harald Lesch hält schon mal Kosmosvorlesungen à la Humboldt. Auch dieser Teil des Urania-Programms hat gerade einen Preis erhalten: den Benedictus-Gotthelf-Teubner-Förderpreis der Teubner-Stiftung Leipzig.

Weiten Raum im Urania-Programm nimmt die Information zu Gesundheit und Life Science ein. Ein besonderer Höhepunkt ist alljährlich die Messe „Gesundheit als Beruf“, die gemeinsam mit der IHK und Health Capital veranstaltet wird und 6.000 Besuchern Orientierung in Aus- und Weiterbildung sowie neue Jobs in der Region vermittelt.

## Urania KulTouren ergänzen länderkundliches Programm

Und natürlich dürfen andere Länder und Kulturen nicht fehlen. In Ergänzung des umfangreichen länderkundlichen Programms bietet die Urania gemeinsam mit dem Reiseveranstalter Wörlitz-Tourist eigene Studienreisen an – die Urania KulTouren. Erstmals war die Urania mit einem eigenen Stand auf der diesjährigen ITB vertreten.

Die Entwicklungen auf unserem Erdball sind regelmäßiges Thema der Urania-Veranstaltungen. Dabei engagiert sich die Urania nach Kräften selbst für gesellschaftliche Probleme, ob in der Allianz für das Wohnen oder bei der Organisation aktueller politischer Diskussionen. In diesem Jahr vergibt sie die Urania-Medaille an Annette und Rüdiger Nehberg, die sich mit ihrer kleinen Organisation Target sehr erfolgreich für ein Verbot der Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen besonders in Afrika einsetzen.

## Comedy, Konzerte und Ballett auf der großen Bühne

Die Urania bietet noch mehr: Auf der großen Bühne der Urania kann man Comedy und Konzerte ebenso erleben wie großes Ballett. Und sie ist immer noch Berlins größtes Programmkino, mit moderner Digitaltechnik ebenso ausgerüstet wie mit reichen Erfahrungen im Umgang mit historischem Filmmaterial.

Als Mitglied der Urania fördert man diese umfangreiche Bildungsarbeit und das vielfältige Kulturprogramm. Dabei hat man noch viele Vorteile: Das alle zwei Monate erscheinende Programmheft wird zugeschickt und Mitglieder können sich natürlich über besonders günstige Eintrittspreise freuen. Neunzehn Mitarbeiter und viele Helfer gestalten und entwickeln diese großartige Einrichtung, um die uns viele im In- und Ausland beneiden.

*Dr. Ulrich Bleyer,*
*Direktor*

Debeka Versichern und Bausparen

MITGLIED IM DEUTSCHEN BEAMTENWIRTSCHAFTSRING E.V. · DBW Unser Angebot – Ihr Vorteil

Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, den Standpunkt des anderen zu verstehen. 1905 wurde die Debeka Krankenversicherung von Beamten für Beamte gegründet. Wir kennen den Bedarf und haben darauf unseren leistungsfähigen und kostengünstigen Versicherungsschutz für Sie abgestimmt. Nicht nur führende Wirtschafts- und Verbrauchermagazine, sondern insbesondere unsere Mitglieder bestätigen uns immer wieder die hervorragende Qualität unserer Produkte.

Kundenmonitor® Deutschland 2014 TESTSIEGER Kundenzufriedenheit Branchen: • Private Krankenversicherungen • Bausparkassen Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

Profitieren auch Sie von unserer Leistungsstärke.

anders als andere

**Landesgeschäftsstelle Berlin**
**Dominicusstraße 14**
**10823 Berlin**
**Telefon (0 30) 7 88 06 - 0**

**www.debeka.de**

Debeka

**Impressum**

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **E-Mail:** post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 12, gültig ab 1. 10. 2014. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** dbb berlin, Titelbild: Reichstag, Berlin. Copyright: Matthias Hennig. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

# gkl berlin überraschte mit Rosen

gkl-berlin-Vorsitzende Cornelia Stemmler, Gregor Mischke (gkl) und Silke Fischer (BBBank) (von links)

Zum Internationalen Frauentag am 8. März hat die gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) in diesem Jahr alle weiblichen Beschäftigten bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, beim Landesdenkmalamt und beim IT-Dienstleistungszentrum mit einer Rose überrascht. Passende Lektüre wurde gleich mitgeliefert, ein Flyer, der die längst überfällige gleiche Bezahlung für Männer und Frauen einfordert. Die Aktion wurde von der Frauenversammlung der gkl berlin am 4. März 2015 im Bezirksamt Treptow-Köpenick vorbereitet und von der BBBank unterstützt. ■

## Praxistipp Straßenverkehr

# Pedelec ist nicht Pedelec

„Normale“ Pedelecs, also Fahrzeuge, die bis zu 25 km/h durch einen 250-Watt-Motor unterstützt werden, gelten als Fahrräder. Das gilt auch, wenn sie eine Anfahrhilfe bis 6 km/h haben. Sie dürfen Radwege benutzen und unterliegen dem Versicherungsbereich der privaten Haftpflichtversicherung (also keine Pflichtversicherung). Es besteht keine Helmpflicht. Wir empfehlen jedoch dringend sowohl den Abschluss einer Haftpflichtversicherung, wie auch den Helm!

Die schnelleren „Speed-Pedelecs“ werden wegen der höheren Geschwindigkeit von bis zu 45 km/h als Kleinkrafträder eingestuft. Damit ist ein Führerschein der Klasse M erforderlich, der Radweg ist nicht zu benutzen und es gelten sowohl Helm- als auch Versicherungspflicht. Die Autobahn darf erst mit Fahrzeugen befahren werden, die mindestens 60 km/h fahren können.

MEV